

Bauarbeiten der Bahn lösen Protest aus

Verlängerung von Gleis 1 am Hauptbahnhof: Anwohner stellt erneut Eilantrag beim Oberverwaltungsgericht

Die Bahn baut nahe Gleis 1 im Hauptbahnhof. Nicht mehr genutzte Schienen werden entfernt, damit Kabel verlegt werden können. Gleichzeitig tobt aber noch immer ein Rechtsstreit um die geplante Verlängerung von Gleis 1, weswegen die Bahn eigentlich gar nicht bauen dürfte. Bahnsprecher Egbert Meyer-Lovis sagt, die aktuellen Bauarbeiten hätten nichts mit der Verlängerung zu tun. Der Kläger Walter Ruffler widerspricht.

VON LIANE JANZ

Bremen. Es gibt wieder Ärger am Gleis 1. Seit dieser Woche ist schweres Gerät vor Ort, einige alte Gleise wurden entfernt und gestern waren die Bauarbeiter dabei, meterlange Stahlträger senkrecht in den Boden zu rammen. Ob das rechtens ist, darüber scheiden sich die Geister.

Die Bahn will aus dem Abstellgleis 1 am Hauptbahnhof ein durchgängiges Gleis für Güterzüge machen, indem sie es mit einem anderen Abstellgleis verbindet. Die Genehmigung vom Eisenbahnbundesamt (EBA) hat sie dafür: den sogenannten Planfeststellungsbeschluss. Gegen den hatten drei Anwohner entlang der Bahnstrecke Anfechtungsklagen beim Bremer Oberverwaltungsgericht (OVG) eingereicht. Zwei haben sich inzwischen außergerichtlich mit der Bahn geeinigt. Walter Ruffler aus der Roonstraße war mit den Vorschlägen der Bahn für eine außergerichtliche Einigung nicht einverstanden und hält deshalb seine Klage weiterhin aufrecht. Mit dieser Klage einher geht der Aufschub der Bauarbeiten. Das heißt, dass die Bahn keinerlei Bauarbeiten durchführen darf, die der Verlängerung des Gleises dienen und Bestandteil des EBA-Beschlusses sind.

„Die Arbeiten sind nicht planfeststellungsrelevant.“

Bahnsprecher Egbert Meyer-Lovis

Laut Bahnsprecher Egbert Meyer-Lovis werden aktuell Bauarbeiten für eine Kabelquerung vorgenommen. Die Kabel sollen durch eine Unterführung unter den Gleisen verlegt werden. Diese Maßnahmen seien nicht planfeststellungsrelevant. Die gestern in die Erde gebrachten Stahlträger müssten die Kabelunterführung abstützen. „Über diese Arbeiten wurde im Vorwege das Gericht informiert“, teilte Meyer-Lovis weiter mit. Tatsächlich hat die Bahn Anfang April entsprechende Informationen eingereicht, bestätigt Hans Alexy, Vizepräsident des Oberverwaltungsgerichts.

Mit den Arbeiten sei bereits vor Wochen begonnen worden, erzählt eine Anliegerin



Um Kabel unter den Gleisen verlegen zu können, werden meterlange Stahlträger senkrecht in den Boden gerammt. FOTO: FRANK KOCH

in der Straße Außer der Schleifmühle. Sie wurden kurz darauf gerichtlich gestoppt. Schon damals gab die Bahn bekannt, dass die Arbeiten nichts mit der Gleisverlängerung zu tun hätten. Das Gericht sah das zu dem Zeitpunkt anders.

Nun wurden die Arbeiten wieder aufgenommen. Speziell die Rammarbeiten in unmittelbarer Nähe der Wohn- und Bürohäuser zeigten bereits erste negative Ergebnisse. „Wir haben Risse in den Kellerwänden“, sagte die Anliegerin. Sie wolle sich

nun mit der Bahn deswegen auseinandersetzen, zeigte aber auch Verständnis für die Bauarbeiten. Sie müssten ja gemacht werden.

Einer ihrer Nachbarn, der seit 30 Jahren in der Straße Außer der Schleifmühle ansässig ist, hat bereits versucht, sich wegen Rissen in seiner Hauswand mit der Bahn zu einigen. Ohne Erfolg. Auf Anfrage hätte ihm die Bahn die Auskunft erteilt, seine Briefe und Anträge – auch die auf passiven Lärmschutz – würden bislang noch nicht einmal geöffnet, weil schlicht das Personal für die Bearbeitung fehle. An den aktuellen Bauarbeiten stört ihn, dass die Anwohner zuvor nicht über die Rammarbeiten und die damit einhergehenden Belastungen durch Lärm und Erschütterungen informiert wurden.

Als Dreistigkeit bezeichnet der Kläger Walter Ruffler die aktuellen Bauarbeiten. Für die Verlegung der Kabel seien zufällig genau die Gleise abgebaut worden, die der geplanten Verlängerung ohnehin im Wege lagen. Und auch die Kabel dienen letztlich dem Betrieb des neuen Gleises. Dass ein neues Kabelführsystem für das Gleis 1 angelegt werden müsse, wird zudem im Beschluss des Eisenbahnbundesamtes erläu-

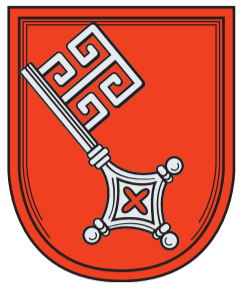
„Neue Kabel sind Bestandteil des Beschlusses.“

Kläger Walter Ruffler

tert, sei damit also dessen Bestandteil und nach Auffassung Rufflers auch von der Aufschub der Bauarbeiten betroffen. Insofern seien die Arbeiten sehr wohl relevant für die Verlängerung. Ruffler will nach eigener Aussage nun erneut einen Eilantrag beim Oberverwaltungsgericht stellen, damit die Arbeiten wieder gestoppt werden.

Die Baupläne der Bahn

■ Die Verlängerung von Gleis 1 dient zusammen mit dem Ausbau der Oldenburger Kurve der sogenannten Ertüchtigung des Bremer Knotens. Die Bahn will die Güterverkehrsstrassen von Wilhelmshaven und Bremerhaven Richtung Süden effizienter machen, um den Güterverkehr von und zu den Häfen besser abwickeln zu können. Bei der Verlängerung von Gleis 1 sollen zwei Abstellgleise am Hauptbahnhof zu einem Gleis gemacht werden, das durchgängig befahrbar ist. Drei Anwohner entlang der Strecke hatten dagegen geklagt, weil ihrer Meinung nach nicht genug Lärmschutz am neuen Gleis vorgesehen war.



Die Welt ist ein schöner Ort und wert, dass man um sie kämpft.

ERNEST HEMINGWAY (1899–1961)

TACH AUCH

Türkiye, Türkiye

VON NIELS KANNING

Die Freizeitspieler aus dem Viertel, die jeden Dienstag in der Pauliner Marsch trainieren, freuen sich über Verstärkungen. Mitspieler Suat hat seine Kumpel Hassan und Göktan mitgebracht. Wie ihre Vornamen verraten, haben die drei Männer türkische Wurzeln, sie sind aber in Deutschland aufgewachsen und auch zu Fußballern geworden. Dennoch bevorzugen Suat, Hassan und Göktan die türkische Spielweise: Sie sind technisch geschlagen, führen lange den Ball und ignorieren oft ihre Mitspieler. Hier noch eine Finte, da noch ein Kringel, und schon landet das Leder im Aus.

Selbstverständlich laufen die drei Freunde in den Trikots ihrer drei Istanbul-Liebblingsmannschaften auf: Suat ist Fan von Galatasaray, Hassan liebt Fenerbahce und Göktan fiebert mit Besiktas Istanbul. Und in Bremen schlägt ihr Herz natürlich für den SV Werder.

Nach dem Training sprechen die Freizeitspieler über die Europameisterschaft in Polen und der Ukraine. Dabei erinnert sich die Runde an das nervenaufreibende Halbfinale der Euro 2008, als Deutschland die Türkei mit 3:2 Toren bezwang.

Zum Bedauern aller hat sich die Türkei für die Euro 2012 nicht qualifiziert. Der EM wird somit etwas fehlen. Unvergessen ist beispielsweise der Kommentar von Reporterlegende Heribert Faßbender: „Und jetzt skandieren die Fans wieder: ‚Türkiye, Türkiye‘. Was so viel heißt wie ‚Türkei, Türkei‘“

Einbürgerung soll leichter werden

Schnelleres Verfahren nun möglich

VON MATTHIAS LÜDECKE

Bremen. Kinder und Jugendliche können in Bremen künftig einfacher und schneller eingebürgert werden. Das hat die Bürgerschaft gestern einstimmig beschlossen. Konkret bedeutet das, dass gut integrierte Kindern oder Jugendlichen, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind und das Heimatland ihrer Eltern nicht kennen, künftig auf ein beschleunigtes Verfahren hoffen können. Dieses Verfahren dauerte bislang mitunter sehr lang, insbesondere dann, wenn die Eltern nur in Deutschland geduldet sind – etwa weil sie als Flüchtlinge in das Land gekommen waren. Bekommt das Kind dann eine Aufenthaltsgenehmigung aus humanitären Gründen, dauert es normalerweise acht Jahre, bis es die Staatsangehörigkeit beantragen kann. Mit dem erleichterten Verfahren sollen es nun nur noch drei Jahre sein, erklärte Innensenator Ulrich Mäurer (SPD).

Man wolle damit dem Ziel „Hier geboren, hier zu Hause“ ein Stück näherkommen, erklärte Björn Fecker (Grüne). Da es eine entsprechende Bundesregelung noch nicht gebe, müsse Bremen einen Sonderweg gehen. Es sei extrem schwierig für diese Kinder eine deutsche Identität zu entwickeln, wenn ihnen diese Identität auf der anderen Seite verweigert werde, betonte der SPD-Abgeordnete Sükrü Senkal. Wilhelm Hinners (CDU) erklärte, seine Fraktion begrüße die erleichterte Einbürgerung grundsätzlich. „Für uns ist eine gute Integration aber von herausragender Bedeutung“, so Hinners. Das sahen die Linken anders. Die Fraktion hatte in einem Änderungsantrag gefordert, den Integrationsvorbehalt zu streichen. Dieser Antrag wurde jedoch von allen anderen Fraktionen abgelehnt.

LOTTOQUOTEN

Lotto am Mittwoch: Klasse 1: unbesetzt, Jackpot 999 046,10 Euro; Klasse 2: 199 809,20 Euro; Klasse 3: 124 880,70 Euro; Klasse 4: 2 190,10 Euro; Klasse 5: 168 Euro; Klasse 6: 34,40 Euro; Klasse 7: 25,20 Euro; Klasse 8: 8,70 Euro.
„Spiel 77“ am Mittwoch: Klasse 1 „Super 77“: 2 977 777 Euro; Klasse 2: 777 777 Euro; Klasse 3: 77 777 Euro; Klasse 4: 7 777 Euro; Klasse 5: 777 Euro; Klasse 6: 17 Euro; Klasse 7: 5 Euro.
„Super 6“ am Mittwoch: Klasse 1: 100 000 Euro; Klasse 2: 6666 Euro; Klasse 3: 666 Euro; Klasse 4: 66 Euro; Klasse 5: 6 Euro; Klasse 6: 2,50 Euro (ohne Gewähr).

Betrüger erbeuten Bargeld

Täter suchen sich bevorzugt ältere Menschen aus

Bremen (wk). Gleich vier Mal haben Trickbetrüger in dieser Woche versucht, an Geld zu kommen, indem sie sich bei Telefongesprächen als Verwandte ihrer Opfer ausgaben. In einem Fall waren sie erfolgreich: Eine 90-Jährige verlor Schmuck und Bargeld im Wert von mehreren Tausend Euro.

Laut Polizei hatten es die Täter auch in den anderen Fällen auf ältere Menschen abgesehen, sie kamen mit ihrer Masche allerdings nicht durch. In einem Fall gab sich einer der Täter als Sohn einer 97-Jährigen aus. Auch bei einer 85 Jahre alten Frau hatten Betrüger keinen Erfolg, als sie versuchten, als vermeintliche Enkelkinder der

Frau an Geld für eine Autoreparatur zu kommen. Dank des Misstrauens einer 74-jährigen Bürgerin gingen die Täter auch im vierten von der Polizei gemeldeten Fall leer aus.

Bereits vor einer Woche hatten zwei Männer versucht, einer 90-jährigen Frau aus Huchting Geld aus der Tasche zu locken. Sie gaben sich als Mitarbeiter der Stadtwerke aus. Bisher hat die Bremer Polizei nach eigenen Angaben noch keine Erkenntnisse, ob es sich in den bisher bekannt gewordenen Fällen um die selben Täter handelt oder ob es verschiedene Banden sind, die ihr Unwesen treiben.

Mehr Einfluss auf Landesbank

Bürgerschaft beschließt Umwandlung der stillen Einlagen

Bremen (mlu). Die Bürgerschaft hat einstimmig die Umwandlung der stillen Einlagen bei der Bremer Landesbank in Stammkapital beschlossen. Damit stützt Bremen das Mutterhaus Nord-LB, das seine Kernkapitalquote auf neun Prozent erhöhen muss. Nach der Umwandlung hält Bremen mindestens 41,2 Prozent der Anteile der Landesbank. Vorher waren es 7,5 Prozent.

Finanzsenatorin Karoline Linnert (Grüne) erklärte, der Schritt berge sowohl Chancen als auch Risiken. So erhalte Bremen keine garantierte Mindestrendite mehr sondern eine Gewinnausschüttung, die sich an den Ergebnissen der Bank orientiere. Im Gegenzug werde der Bremer Einfluss bei der Bank jedoch deutlich gestärkt.

Eine Verweigerung der Hilfe für die Nord-LB hätte zudem unabsehbare Folgen gehabt, sagte Arno Gottschalk (SPD) in der Debatte. Hermann Kuhn erklärte, die Grünen wollten die Landesbank in ihrer jetzigen Form erhalten und stimmten daher zu.

Auch die Opposition unterstützte die Umwandlung. Die Risiken seien vergleichsweise gering, sagte Klaus-Rainer Rupp (Linke). CDU-Fraktionschef Thomas Röwekamp erklärte, die Erhöhung des Kernkapitals sei auch eine Form von Verbraucherschutz.

Kita-Kritik aus Berlin: Sozialsenatorin reagiert mit Unverständnis

VON FRAUKE FISCHER

Bremen. „Wem kann man noch glauben?“ Mit der Frage überschreibt die Zentralelternvertretung der Tageseinrichtungen für Kinder (ZEV) ihre aktuelle Mitteilung. Die Eltern haben die Zankereien zwischen Bund und Bremen satt. Sie wollen ausreichende Betreuungsplätze. Und Kita-Träger fordern, dass die Qualität in den Kitas nicht leidet.

„Uns ist nicht klar, wer die wirklichen Zahlen kennt und wem der Beteiligten man noch Glauben schenken kann“, heißt es von der ZEV. „Das alles wird auf den Rücken der Kinder und deren Eltern ausgetragen, die letztlich, sollten sie kein benötigtes Angebot in einem der Bereiche bekommen, die Leidtragenden sein werden.“

Gerade mal eine Woche ist es her, dass die Länder bei der Jugend- und Familienministerkonferenz in Hannover vom Bund eine gezieltere Hilfe beim Ausbau der Krippen forderten. Nun rügt die Bundesfamilienministerin speziell Bremen: Es habe zu wenig Landesmittel in den Ausbau investiert und aus dem Sondertopf des Bundes weniger Geld dafür abgerufen als andere Länder.

Bereits im Oktober 2011 hatte Schröder Bremen kritisiert. Die Sozialsenatorin Anja Stahmann (Grüne) kontert ähnlich wie damals. Das Land habe vorrangig Mittel aus dem Konjunkturprogramm II wegen des früheren „Verfallsdatums“ abgerufen, erklärt Behördensprecher Bernd Schneider. Von den 16,8 Millionen Euro seien bislang 11,8 Millionen Euro abgerufen worden, Bremen sei damit unter den Ländern auf Platz 5. Der Rest sei in begonnenen Projekten gebunden oder verplant. „Die Planung ist so ausgelegt, dass am Ende des Förderzeitraums im Dezember 2013 kein Euro übrig bleibt“, versichert die Senatorin. Sie hatte öfter betont, Bremen habe keinen Mangel an investiven Mitteln, aber Mühe, laufende Betriebskosten der Kitas aufzubringen.

Für die Bremer CDU kam Schröders Rüge überraschend. Claas Rohmeyer, sozialpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, sagte mit Blick auf Bremens Forderung an den Bund: „Wenn man die Schuld nach Berlin schiebt, ist klar, dass das als Bumerang zurückkommt.“

Die Bürgerschaftsfraktion Die Linke teilt nicht Schröders Einschätzung vom Chaos in Bremen, stellt aber fest: „Das hier ist eine vom Senat kalkulierte Unterversorgung.“ Carsten Schlepper, Leiter des Landesver-

bands der evangelischen Tageseinrichtungen für Kinder, entdeckt in der Kritik der Bundesfamilienministerin ein Quentchen Wahrheit. Aber nicht in Bezug auf die Abrufung von Bundesmitteln. „Man kann nur so viel bauen, wie man hinterher auch betreiben kann“, erinnert er an die Haushaltsnotlage. „Einem Land wie Bremen zinslose Kredite anzubieten, ist nahezu unverschämte“, wendet er sich gegen das Angebot aus Schröders Zehn-Punkte-Programm. Aber: „Die Konzentration auf die 35 Prozent in Bremen war falsch“, bringt der Leiter des größten freien Kita-Trägers die Betreuungsquote ins Spiel. Bereits 2007



Kristina Rügt. FOTO: DPA



Anja Stahmann kontert. FOTO: KUHAUPT

sei klar geworden, dass 2013 mit dem Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz in Städten für 40 Prozent der Kinder zwischen 0 und drei Jahren Plätze verfügbar sein müssten, in ländlichen Bereichen für 30 Prozent. Die 35 Prozent seien ein Durchschnitt. „Bremen hätte gleich mit höherer Quote planen müssen. Dann wäre deutlich geworden, dass die Kosten dafür eklatant höher sein würden, als veranschlagt“, findet Schlepper. Was er zu bedenken gibt: „Bremen kommt aus einem tiefen Tal. Der Nachholbedarf betrifft nicht nur den U3-Bereich, sondern auch die Einrichtungen für Drei- bis Sechsjährige. Das muss Bremen zusätzlich schultern.“ Wegen des wachsenden Ausbaudrucks fürchtet er zudem um die Qualität der Betreuung.

Angesichts der Vorwürfe aus Berlin empfindet Rosi Fein, Geschäftsführerin des städtischen Trägers Kita Bremen, dringend den Blick in die Praxis. Die Baustellen in den Einrichtungen, zusätzliche Gruppen, Zwischenunterbringungen und neue Konzepte brächten derzeit genügend Belastungen für Erzieher und Verunsicherung von Eltern. „Es ist ja nicht damit getan, Geld auf einer Schubkarre herzubringen“, sagt Rosi Fein. „Was wir jetzt haben, können wir gerade bewältigen.“ **Kommentar Seite 2**